

# Pressemitteilung



Nr. 51/18 vom 05.09.2018

Anzahl der Anschläge: 4.215  
Abrufbar unter: [www.gdw.de](http://www.gdw.de)

## Sonderbauministerkonferenz zum Wohnungsbau – GdW fordert klare Zielsetzung für mehr bezahlbaren Wohnraum auch bei den Ländern

**Berlin** – Anlässlich der heute in Berlin tagenden Sonderbauministerkonferenz appellierte der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft an die Ländervertreter, ihre Aufgaben bei der Wohnraumversorgung Hand in Hand mit dem Bund und den Kommunen anzugehen. "Nur wenn alle an einem Strang ziehen, können wir dem Wohnraummangel in vielen Ballungsregionen etwas entgegenzusetzen", so Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW. "Wohnungsbau muss auch in den Ländern Chefsache sein". Anreize für mehr bezahlbaren Wohnungsbau seien hier ebenso nötig wie eine Stärkung der ländlichen Regionen.

Die Wohnungswirtschaft setzt sich dafür ein, dass die steuerlichen **Abschreibungsmöglichkeiten** für den Neubau von Wohnungen verstetigt und die reguläre lineare Abschreibung von 2 Prozent auf 3 Prozent erhöht werde. Die aktuell geplante Sonderabschreibung für den Mietwohnungsbau greife dagegen deutlich zu kurz und schließe die Wohnungswirtschaft faktisch von den Anreizen aus. Darüber hinaus müsse die Grunderwerbsteuer bundeseinheitlich wieder auf 3,5 Prozent abgesenkt werden.

Eine wichtige Rolle spielen die Länder außerdem bei den Belangen der **Wohnraumförderung**. Sie ist ein zentraler Baustein der Wohnungspolitik und sollte auf hohem Niveau fortgesetzt und unter einer klaren Zweckbindung eingesetzt werden. Auch das Instrument der mittelbaren Belegung kann hier sinnvoll eingesetzt werden.

Zentrale Forderung der Wohnungswirtschaft ist es, die **Landesbauordnungen** in Anlehnung an die Musterbauordnung zu harmonisieren. "Die aktuell gravierenden Unterschiede haben gerade für Unternehmen, die in mehreren Ländern tätig sind, große Kostennachteile", so der GdW-Chef. Darüber hinaus müsse die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) zügig überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Der GdW schlägt außerdem vor, einen neuen Anreizmechanismus im **Länderfinanzausgleich** zu schaffen. Damit sollen die Kommunen finanziell entlastet werden, die Wohnflächen ausweisen und entwickeln wollen. "Um die Weiterentwicklung des **seriellen Bauens** zu befördern, schlagen wir außerdem die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Bund, Ländern und Verbänden vor, die sich mit noch bestehenden Hemmnissen in der Umsetzung befassen sollte", so Gedaschko.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.